

## Antrag

**der Abgeordneten Gabriele Fograscher, Adelheid Tröscher, Ingrid Becker-Inglau, Günter Schluckebier, Brigitte Adler, Klaus Barthel, Rudolf Bindig, Hans Büttner (Ingolstadt), Dr. Ingomar Hauchler, Ingrid Holzhüter, Reinhold Hemker, Eckart Kuhlwein, Konrad Kunick, Christa Lörcher, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Reinhold Robbe, Dieter Schanz, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Emil Schnell, Dr. Mathias Schubert, Dr. R. Werner Schuster, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Hans Wallow, Matthias Weisheit, Verena Wohlleben, Hanna Wolf (München), Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD**

### **Aktive Bevölkerungspolitik als Schwerpunkt in die Entwicklungszusammenarbeit aufnehmen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zur Zeit leben auf der Welt 5,8 Milliarden Menschen, 4,6 Milliarden in den Entwicklungsländern und 1,2 Milliarden in den Industrieländern. Laut einer Prognose der Vereinten Nationen von 1996 werden im Jahre 2025 voraussichtlich 2,2 Milliarden Menschen mehr auf dieser Erde leben als jetzt, also insgesamt gut 8 Milliarden. In den armen Regionen dieser Erde wächst die Bevölkerung besonders schnell. Die Verdopplungszeit der Einwohner beträgt dort 38 Jahre, in den Industrieländern hingegen 564 Jahre.

Auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 wurde ein Aktionsplan verabschiedet, in dem der enge Zusammenhang zwischen Bevölkerungsfragen und nachhaltiger Entwicklung anerkannt wird. Das soziale und ökologische Gleichgewicht des Globus ist nicht nur durch unbegrenztes Wachstum der Menschheit in armen Weltregionen gefährdet, sondern ebenso durch steigenden Konsum in den Industrieregionen der Erde. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts ist insbesondere für arme und ärmste Länder eine nachhaltige wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Entwicklung schneller zu erreichen, wenn entsprechend dem Kairoer Aktionsplan die Geburtenrate gesenkt werden kann.

- Zu schnelles Wachstum der Bevölkerung hat krisenverschärfende Wirkung. Dies beruht einerseits darauf, daß das Bevölkerungswachstum auf Knappheiten (z. B. Wassermangel, Verlust fruchtbaren Landes) trifft, andererseits darauf, daß ein

verstärkter Druck auf die sozio-ökonomische Entwicklung (weltweite Arbeitslosigkeit) besteht.

- Bevölkerungswachstum verstärkt direkt und indirekt den Wanderungsdruck und damit Migration, insbesondere das Abwandern vom Lande, immer größere Städte, die für den Zustrom nicht gerüstet sind. Die Verstädterung fördert die Slumbildung, damit geht einher das Wiederaufflammen von Krankheiten, das Zerschneiden gewachsener sozialer Strukturen, die Zunahme von Kriminalität, und dies schafft zusätzlich Nährboden für Fundamentalismus und Extremismus.

Eine Verlangsamung des Weltbevölkerungswachstums löst nicht alle Probleme, erleichtert aber nahezu alle Problemlösungen für eine zukunftsfähige Entwicklung. Die Industrieländer haben sich in Kairo verpflichtet, zum globalen Prozeß der Sicherung der Lebenschancen künftiger Generationen beizutragen.

Die Beiträge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit haben diesem Problem bisher nicht ausreichend Rechnung getragen.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bevölkerungspolitik zu einem Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit zu machen, gleichwertig neben Armutsbekämpfung, Schutz der Umwelt, Förderung der Bildung und Frauenförderung;
2. den Beschluß des Deutschen Bundestages aus der 12. Wahlperiode (Drucksache 12/8162) umzusetzen;
3. auf internationaler und EU-Ebene ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Bemühungen auf bevölkerungspolitischem Gebiet in finanzieller und technischer Hinsicht verstärkt werden;
4. die Fortsetzung der Arbeit des VN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) zu ermöglichen;
5. in der bilateralen Zusammenarbeit darauf zu drängen, daß die Beschlüsse der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo umgesetzt werden;
6. die Einbeziehung und finanzielle Unterstützung deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie NRO in den Partnerländern, die auf dem Gebiet der bevölkerungspolitischen Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, zu verstärken;
7. alle Maßnahmen, die indirekt bevölkerungspolitisch relevant sind, zu intensivieren:
  - Zugang von Frauen zu Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen,
  - Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten für Frauen,
  - Senkung der Kindersterblichkeit,
  - Entwicklung und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen,
  - Basisgesundheitsversorgung;

8. die bevölkerungspolitische Bildungsarbeit sowohl in Deutschland als auch in den Entwicklungsländern zu fördern;
9. den Einzelplan 23 so aufzustellen, daß spezifisch bevölkerungspolitische Aktivitäten gesondert ausgewiesen werden;
10. die Eigenanstrengungen der Länder besonders zu unterstützen, die bisher Familienplanungsmaßnahmen aus eigener Kraft vor allem in ländlichen Gebieten nicht flächendeckend anbieten können;
11. die eklatanten Diskriminierungen von Frauen und Mädchen, die sich z. B. in der Form von Abtreibung weiblicher Föten sowie der Tötung weiblicher Neugeborener zeigen, ausdrücklich zu verurteilen.

Bonn, den 14. Januar 1998

**Gabriele Fograscher**  
**Adelheid Tröschler**  
**Ingrid Becker-Inglau**  
**Günter Schluckebier**  
**Brigitte Adler**  
**Klaus Barthel**  
**Rudolf Bindig**  
**Hans Büttner (Ingolstadt)**  
**Dr. Ingomar Hauchler**  
**Ingrid Holzhüter**  
**Reinhold Hemker**  
**Eckart Kuhlwein**  
**Konrad Kunick**  
**Christa Lörcher**  
**Christoph Matschie**  
**Ulrike Mehl**  
**Reinhold Robbe**  
**Dieter Schanz**  
**Dagmar Schmidt (Meschede)**  
**Dr. Emil Schnell**  
**Dr. Mathias Schubert**  
**Dr. R. Werner Schuster**  
**Wieland Sorge**  
**Dr. Peter Struck**  
**Hans Wallow**  
**Matthias Weisheit**  
**Verena Wohlleben**  
**Hanna Wolf (München)**  
**Heidemarie Wright**  
**Rudolf Scharping und Fraktion**

